Proletarier aller Länder vereinigt euch !

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

108. Jahrgang, Nr. 8/9 August/September 2026

PPI Eigenverlag "Wilhelm Pieck"
Redaktion und Vertrieb
99084 Erfurt, Johannesstraße 156
Tel.: 0170/1831495 - *Tel.: 0361/64458760*

Gegründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
(wieder herausgegeben 1990 in der DDR)

Einzelpreis: 3,20 Euro
Jahres-Abonnement: 35,00 Euro
Förder-Abonnement: 45,00 Euro

AUS DEM INHALT

SEITE 2:
- Aktionen und Termine

SEITE 3:
- Arbeitssichterstellungsgesetz (ASG)
- Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse

SEITE 4:
- 70 Jahre KPD-Verbot – Ein schändliches Urteil der Adenauer-Justiz

SEITE 5 JUNGKOMMUNIST:
- Ey Atze – Liederlich
- Schulstreik gegen Wehrpflicht
- Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen Ludwigsfelde

SEITE 6:
- Die rote Bücherecke: „Spartacus" – Kreuze der Zivilisation
- Empört euch! Pflege ist keine Ware

USA verschärfen Hetze gegen Kuba

Die USA verschärfen ihre Angriffe gegen Kuba. Ende Juli behauptete ein neuer Bericht des US-Außenministeriums unter Marco Rubio, Kuba betreibe seit Jahrzehnten eine weltweite Kampagne der „Spionage", „Einflußnahme" und „Subversion" gegen die USA. Die absurden Vorwürfe erinnern an die antikommunistische McCarthy-Ära der 1950er Jahre und liefern zugleich neue Vorwände für die völkerrechtswidrige Blockade und weitere Aggressionen gegen die sozialistische Insel.

Besonders weit geht der Bericht mit der Behauptung, Kuba steuere ein internationales Netzwerk des „linken Terrorismus". Genannt werden dabei unter anderem legale Solidaritätsorganisationen, Friedensaktivisten, Palästina-Solidaritätsgruppen, Gewerkschafter und soziale Bewegungen in den USA. Damit werden politische Opposition und internationaler Austausch kriminalisiert.



Die sozialen Probleme der USA – von Rassismus und Polizeigewalt über soziale Ungleichheit bis zu Kriegen – werden nicht als Folgen der eigenen imperialistischen Politik dargestellt, sondern Kuba angelastet.

Ein Fakt ist: In der us-amerikanischen Bevölkerung gibt es tatsächlich eine große und wachsende Solidarität mit Kuba. Der Bericht zeigt vor allem die Angst des US-Imperialismus vor sozialistischen Ideen und internationaler Solidarität. Statt die Ursachen der eigenen Krisen zu bekämpfen, werden äußere Feinde konstruiert. Der Kampf gegen die Blockade Kubas und gegen antikommunistische Repression bleibt deshalb eine Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte.

Kommunisten unter jedem Bett!

US-Außenministerium veröffentlicht irrlichternden Bericht über Kuba als Schaltstelle gegen Washington

Bei Freunden gelesen: 22.07.2026 - Volker Hermsdorf - jungeWelt

Mit einer abstrusen Verschwörungstheorie katapultiert Außenminister Marco Rubio die USA in die McCarthy-Ära der 1950er Jahre zurück. Das State Department behauptete am Montag, Kuba führe »seit fast sieben Jahrzehnten« eine Kampagne der »Spionage, Einflussnahme und Subversion« gegen die USA durch, die »bis in die höchsten Kreise der US-Regierung« vorgedrungen sei. Mit dem 100seitigen Dokument verschärfte Rubio abermals die Drohungen gegen Kuba – nur wenige Tage nachdem US-Medien über Planspiele des Pentagon für einen militärischen Angriff auf die Insel berichtet hatten. Zugleich liefert er einen Vorwand zur verschärften Repression im Inneren.

Dem jetzt veröffentlichten Bericht ging ein vom US-Außenministerium am vergangenen Donnerstag in Washington veranstaltetes Treffen mit Regierungsvertretern aus 60 Ländern voraus, darunter laut Time-Magazin auch aus Deutschland. Dort sollte die internationale Zusammenarbeit gegen den »politischen Terrorismus der extremen Linken« koordiniert werden. Der »linke Terrorismus« sei eine »neue und eigenständige Form des Marxismus, die um einen allumfassenden Groll und eine grundlegende Feindschaft gegenüber den Vereinigten Staaten und dem Westen insgesamt aufgebaut wurde«, heißt es in Rubios jüngstem Pamphlet. Kuba habe dabei die »Anwerbung, ideologische Prägung und Mobilisierung einer weltweiten Koalition aus Aktivisten, Intellektuellen, politischen Gruppen und Medien für dieses Anliegen« organisiert.

Die offenkundige Zielsetzung der Veröffentlichung geht über eine bloße Rechtfertigung der völkerrechtswidrigen Energieblockade und der Pläne für militärische Angriffe auf Kuba hinaus. Erstmals bezeichnete das State Department in den USA legale Solidaritätsorganisationen und oppositionelle Gruppen als Teile eines globalen, von Kuba beeinflussten Netzwerks des »linken Terrorismus«. Namentlich werden in dem Bericht unter anderem »Pastors for Peace«, »Code Pink«, »People's Forum«, Anti-ICE-Kollektive, »Black Lives Matter«, palästinasolidarische Aktivisten sowie etliche gemeinnützige linke Organisationen aufgeführt.

»Viele der bedeutendsten politischen Unruhen in der jüngeren Geschichte der Vereinigten Staaten – von den Demonstrationen um George Floyd über den Aufstieg der Antifa bis hin zum Ausbruch proterroristischer Bewegungen an US-amerikanischen Universitäten – lassen sich in irgendeiner Weise mit dem kubanischen Einfluss in Verbindung bringen«, fügt der Bericht hinzu. Anti-ICE-Proteste wertet das Außenministerium ebenfalls als Zeichen für »den Einfluss Kubas zur Destabilisierung der US-Politik«. Dasselbe Ziel werde mit Reisen von US-amerikanischen und internationalen Organisationen sowie einflussreichen Politikern und Persönlichkeiten nach Kuba oder der Flottille »Nuestra América« verfolgt.

Der Bericht mit dem Titel »Cuba: The Capital of 21st Century Communism« (Kuba. Die Hauptstadt des Kommunismus im 21. Jahrhundert) versucht, Probleme der USA, die aus Rassendiskriminierung, Polizeigewalt, sozialer Ungleichheit, Kriegen, der Besetzung Palästinas, dem Völkermord im Gaza oder der US-Migrationspolitik hervorgegangen sind, als Folgen einer kubanischen Verschwörung darzustellen. Er dokumentiert indes nicht nur den Rückfall in die von Antikommunismus und Verschwörungstheorien geprägte McCarthy-Ära, sondern ist auch ein weiterer Beleg für den zunehmenden Wahrnehmungs- und Realitätsverlust des Trump-Regimes.

Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel warf der US-Regierung vor, »Vorwände als Rechtfertigung für neue Übergriffe und stärkere Aggressionen« zu suchen »und rechte Bündnisse zu fördern, die an den Hitlerfaschismus oder die finstere ‹Operation Condor› erinnern, um gegen eine angebliche globale, radikale Linke vorzugehen«. Dabei liege die wahre »Gefahr für die Menschheit in der Philosophie der Ausbeutung, die das kriegerische Handeln der transnationalen extremen Rechten bestimmt«.

+++ SOLIDARITÄT +++

FIR an der Seite des kubanischen Volkes

Seit Jahrzehnten solidarisieren sich die FIR (Fédération Internationale des Résistants / Internationale Föderation der Widerstandskämpfer) und ihre Mitgliedsverbände mit dem kubanischen Volk gegen die Sanktionspolitik der USA, die gegen das Völkerrecht verstößt und von den nationalistischen Kräften der „kubanischen Exilanten" in Florida unterstützt wird. Im Einklang mit den in ihrer Satzung verankerten Grundsätzen, insbesondere ihrem Bekenntnis zu Frieden, Völkerrecht, der Souveränität der Völker und internationaler Solidarität, sowie mit der auf dem XVIII. FIR-Kongress in Sofia verabschiedeten Resolution bekräftigt die FIR ihre Solidarität mit dem kubanischen Volk und fordert ein Ende des Embargos gegen Kuba.

Immer wieder muss Kuba militärische und gewalttätige Provokationen durch das US-Militär erdulden, die seine Souveränität und seinen internationalen Handel einschränken. Seit Jahren verurteilt die UN-Generalversammlung die Sanktionspolitik der USA mit überwältigender Mehrheit. Erst kürzlich gab es eine weitere Abstimmung, bei der 136 Mitgliedstaaten – darunter zahlreiche europäische Länder – die gegen das Völkerrecht verstoßende US-Blockade gegen Kuba verurteilten. Nur acht Länder, darunter die Ukraine, stellten sich auf die Seite der USA. Anstatt dieses Votum der internationalen Gemeinschaft zu akzeptieren, behauptete die US-Delegation jedoch dreist, die Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Lage Kubas liege allein bei der Regierung in Havanna.

Doch die Menschen wissen es besser. In vielen Ländern gibt es Solidaritätskomitees gegen die wirtschaftliche Strangulierung Kubas. In den kommenden Tagen und Wochen werden weltweit Proteste unter dem Motto „Unblock Cuba!" stattfinden. Sie fordern ein Ende der unmenschlichen Blockadepolitik, die insbesondere die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft trifft, da nicht nur Energiequellen, sondern sogar Medikamente nicht mehr ins Land geliefert werden dürfen. Sie solidarisieren sich mit Kuba, das zudem durch eine militärische Eskalation seitens der Trump-Regierung bedroht ist.

Die FIR bekräftigt ihre seit vielen Jahren vertretene Forderung: „Hände weg von Kuba! Solidarität mit dem kubanischen Volk!" Das FIR-Leitungsgremium setzt sich gemeinsam mit den FIR-Mitgliedsverbänden für dieses Ziel ein.

Berlin, 13.07.2026

Für den FIR Exekutivausschuss

Dr. Ulrich Schneider

Generalsekretär

Quelle: https://www.fir.at/fir-an-der-seite-des-kubanischen-volkes/

4 197069 103202

+++ KURZMELDUNGEN +++

1. September: Auf die Straße am Weltfriedenstag

Am 1. September gedenken wir des Beginns des Zweiten Weltkriegs und der unvorstellbaren Verbrechen von Faschismus und Krieg. Die Losung „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ist heute aktueller denn je. Weltweit steigen die Militärausgaben rasant. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI wurden 2025 rund 2,9 Billionen US-Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben – so viel wie nie zuvor. Es ist bereits das elfte Jahr in Folge mit steigenden Rüstungsausgaben. Kriege, geopolitische Spannungen und die massive Aufrüstung, insbesondere in Europa, treiben diese Entwicklung voran. Während Milliarden für Waffen bereitgestellt werden, werden Sozialleistungen gekürzt und demokratische Rechte zunehmend eingeschränkt. Neue Kriege werden vorbereitet, Abrüstungsabkommen zerbrechen und die Gefahr eines nuklearen Wettrüstens wächst.

Die KPD ruft dazu auf, sich am 1. September an den Kundgebungen und Demonstrationen zum Weltfriedenstag zu beteiligen. Der Kampf gegen Krieg und Faschismus ist untrennbar mit dem Kampf gegen den Imperialismus verbunden. Dauerhaften Frieden wird es erst mit der Überwindung des Kapitalismus geben.

Hiroshima und Nagasaki

Am 6. und 9. August 1945 warfen die USA Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki. Hunderttausende Menschen starben sofort oder an den Folgen der radioaktiven Strahlung. Bis heute gilt der Einsatz von Atomwaffen als eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte. Die Atombomben waren militärisch nicht notwendig. Japan stand bereits vor der Niederlage. Mit dem Kriegseintritt der Sowjetunion am 9. August und der schnellen Zerschlagung der Kwantung-Armee war die Kapitulation unausweichlich. Die Bomben dienten vor allem als Machtdemonstration des US-Imperialismus und als Drohung gegen die Sowjetunion. Auch heute bedrohen Atomwaffen die Menschheit. Weltweit nehmen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen zu. Die KPD ruft dazu auf, sich an den Gedenkveranstaltungen für die Opfer von Hiroshima und Nagasaki zu beteiligen – für Frieden, Abrüstung und Sozialismus.

BRD liefert 50.000 Kampfdrohnen für den Ukraine-Krieg

Die Bundesregierung finanziert einen der größten westlichen Drohnendeals des Ukraine-Krieges. Sie beschafft für rund 90 Millionen Euro 50.000 Kampfdrohnen für die ukrainischen Streitkräfte wurde Mitte Juli besiegelt. Die Drohnen stammen vom ukrainischen Hersteller Skyfall, die militärische Steuerungssoftware liefert das deutsch-amerikanische Unternehmen Auterion. Der Deal ist Teil der zunehmenden deutschen Beteiligung an der Kriegsführung. Während die Bundesregierung Milliarden für Waffen und Rüstung bereitstellt, werden soziale Bereiche gekürzt und die Bevölkerung auf weitere Belastungen vorbereitet. Moderne Kampfdrohnen mit Künstlicher Intelligenz verändern die Kriegsführung grundlegend. Ihre massenhafte Produktion zeigt die neue Dimension der Aufrüstung und die enge Verbindung zwischen Politik und Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung behauptet, mit immer mehr Waffen Frieden zu sichern. Tatsächlich treibt sie die Eskalation voran und macht die BRD weiter zur Kriegspartei. Frieden entsteht nicht durch Aufrüstung und Waffenlieferungen, sondern durch Verhandlungen, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit der Völker.

Rheinmetall-Entwaffnen

KAMPF DEN KRIEGSTREIBERN

Köln 1. - 6.9.2026 Hamburg 24. - 26.9.2026



Das antimilitaristische Bündnis Rheinmetall-Entwaffnen ruft zu Protestaktionen auf. In dem entsprechenden Aufruf heißt es unter anderem:

„Mit Aktionen im September wollen die Aktivisten die Kriegsmaschinerie und die dazugehörige Propaganda unmittelbar stören und den Protest auf die Straße tragen. Es solle nicht hingenommen werden, daß in Köln die Rüstungsproduktion, die Bundeswehrstandorte und die alltägliche Militarisierung ungestört weiterliefen. Zudem werde angestrebt, das geplante NATO-Manöver in Hamburg zu verhindern.

An beiden Orten würden sich Menschen aus der linken, revolutionären und antimilitaristischen Szene versammeln, um gemeinsam den Widerstand gegen Kriege und die fortschreitende Militarisierung in Deutschland zu verstärken. Vor Ort bestehe die Möglichkeit, sich in Aktionen zu erproben und voneinander zu lernen. Das Zeltlager und die geplanten Aktionstage sollten Teil des städtischen Lebens werden: Alle Kölner und Hamburger, alle Antimilitaristen von nah und fern seien eingeladen, sich zu beteiligen und gemeinsam den Kriegstreibern die Stirn zu bieten.“

Der vollständige Aufruf kann unter folgender Adresse eingesehen werden:

https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

No War On Cuba! Aufruf zur Protestwache vor der US-Botschaft in Berlin!

UnblockCuba

Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

Wir brauchen Kuba. Und Kuba braucht uns!

Unterstützt die Protestwache vor der US-Botschaft in Berlin!

Liebe Freundinnen und Freunde Kubas,

um dem barbarischem Wirtschaftskrieg der USA gegen Kuba und der Komplizenschaft der Bundesregierung etwas entgegen zu setzen, mobilisiert das Solidaritätsbündnis UnblockCuba! zu einer **Protestwache vor der US-Botschaft vom 12. bis 19.09.2026 in Berlin**. Ziel ist es, ein unübersehbares Zeichen des Widerstandes und der Solidarität zu setzen und solche Protestwachen in möglichst vielen europäischen Städten zu errichten.

Wir rufen euch auf, diese Aktion zu unterstützen! Denn für die Protestwache suchen wir Organisationen und Einzelpersonen, die sich der Forderung anschließen: No War on Cuba! Kein Krieg gegen Kuba!

Anmeldungen für Unterstützer der Protestwache nehmen wir unter 0 30 / 53 63 55 54 oder maigalerie@jungewelt.de entgegen.

Kommt zahlreich!
Werdet aktiv, beteiligt euch!
Saludos solidarios.
Viva Cuba. Hasta la victoria siempre. Venceremos.

UNBLOCK CUBA! Orga-Team Protestwache

Rotes Jugendcamp 2026

28.–30. August 2026 im Umland Berlins – Gemeinschaft, Diskussion, Aktion. Ort wird kurz vorher bekannt gegeben. Endhaltestelle Straßenbahn 68: Alt Schmöckwitz.

Kosten: (Übernachtung + Halbpension, Selbstwahl): 30/40/25 € (Solidar-/Ermäßigt). Zelt/Turnraum (Isomatte/Schlafsack mitbringen), Doppelzimmer +15 €/Nacht.

Samstag zur Wahl: UZ-Friedensfest, Köpenick (Blutwoche 1933) oder Ziegenhals (KPD 1933). Programm u. a. Bootsfahrten, Stadtrundgang, Diskussion zu Militarismus & Wehrdienst.

Anmeldung auch kurzfristig:
jugendcamp@k-p-d.org oder 0170/18 314 95.

Infos:
https://www.k-p-d.org/index.php/kpd/jugendorganisation/jungkommunist/1604-rotes-jugendcamp-2026



7. Magdeburger Friedensfestival vom 3. bis 6. September 2026

Am ersten Septemberwochenende findet nun schon zum siebenten Mal das Magdeburger Friedensfestival statt. In diesem Jahr werden auch wir als KPD erstmalig einen Stand auf diesem Festival der Friedensbewegten haben und mit entsprechender Literatur/Schriftenreihe unsere Sicht auf die Welt dort darlegen. Auch wenn sicherlich aus unserem Wissen die Friedensmöglichkeit ohne vorher die Klassen beseitigt zu haben, nicht erreichbar ist, so hoffen wir natürlich auch dort Menschen zu treffen, die dem Kapitalismus kritisch gegenüber stehen und wir uns miteinander vernetzen können. In der Diskussionsthemenplanung sind bisher Palästina, Irankrieg, Ukrainekrieg, Raus aus dem System – Wirtschaft neu denken, Zionismus, deutsches Militär gegen den äußeren und inneren Feind und auch die Coronaaufarbeitung, eigentlich soviel, das man wochenlang Zeit bräuchte.

Abends werden friedensbewegte Kulturschaffende, unter anderem Tino Eisbrenner Freitagabend, auf ihre Art für den Frieden kämpfen. Übernachtet kann auf dem Gelände werden, Zelt, Campingwagen oder im eigenen Auto. Es gibt einen großen Sanitärcontainer mit Duschen und Toiletten und die Damen von der Verpflegungszeile sorgen von morgens bis abends für das leibliche Wohl. Da wir in Sachsen-Anhalt leider immer noch zu wenig Parteimitglieder sind, werden uns auch dieses Mal Genossinnen und Genossen von weiter weg unterstützen, das ist gelebte Gemeinschaft in unserer Partei. Wir sind von Freitag bis Sonntag (4.-6.9.2026) an unserem KPD-Pavillon zu finden. Kommt nach Magdeburg und bringt euch mit ein und vernetzt euch mit uns und anderen Kämpfern für eine bessere Welt. Internetseite des Festivals: www.mdff.eu

WS aus Dessau

Bei anderen gelesen (Auszüge):

Arbeitssichterstellungsgesetz (ASG): Was den abhängig beschäftigten Menschen im Spannungs- und Verteidigungsfall so alles blühen kann

Gibt es schon seit 1968 (Notstandsgesetzgebung), von Scholz-Regierung 2025 überarbeitet, gilt für den Spannungs- und Verteidigungsfall, muß im Ernstfall mit 2/3 Mehrheit beschlossen werden und ermöglicht es z.B. die „Verpflichtung in Arbeitsverhältnisse“ und „Beschränkung der Beendigung von Arbeitsverhältnissen“ zu verhängen.

Beispiel: Will Krankenschwester im Spannungsfall kündigen prüft Agentur für Arbeit, ob sie das unterbindet weil/wenn Personalbedarf für „lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben“ vorhanden, oder Freiwilligkeit nicht ausreicht (Wehrpflichtige Frauen im Sanitätsdienst)

Die von den Gewerkschaften so hochgehaltenen Sozialpartnerschaft wird in die militärische Zwangsarchitektur überführt, die Interessenvertretung zur staatlichen Mobilmachung genutzt – Kriegsvorbereitung greift in Betriebe, Tarifverhältnisse und kollektive Rechte und Grundgesetz ein.

2024 brachte alte und neue Kriegsminister Pistorius das „Gesetz zur weiteren Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft und Änderung der Vorschriften für die Bundeswehr“ ein, der Bundestag am 31.01.2025 beschließt diese Zwangsverpflichtung für alle Arbeitskräfte (auch ohne deutschen Paß und Frauen)…

Brisant die der Gewerkschaft zugedachten Rolle als „Sozialpartner“ die in sogenannten „Arbeitskräfteausschüsse“ eingebunden über Zuweisung, Bindung und Einsatz von Arbeitskräften mitentscheiden und wie seit dem Gesetz zum „Vaterländischen Hilfsdienst“ (1916) bekannte militärische Zwangsarchitektur, von Interessenvertretung über Burgfrieden zur Mitverwaltung staatlicher Mobilmachung sämtlicher Berufsfelder der Bundeswehr präsentiert.

Im September 2025 beteiligte sich die Agentur für Arbeit an einer „von der Bundeswehr geführte regionale Verteidigungsübung unter Beteiligung von Behörden, weiteren staatlichen Institutionen, privaten Organisationen und Hamburger Unternehmen, um gemeinsam und gesamtstaatlich die Verteidigungsfähigkeit der Freien und Hansestadt Hamburg zu erhöhen“ unter der Bezeichnung „Red Storm Bravo“.

Die Branchen- und Berufsliste, versprochen, hat niemanden vergessen der nicht irgendwie KV kriegsdienstverwendungsfähig ist!

Dem ist nichts hinzuzufügen – nur der Rat „beschäftigt euch Jetzt damit“

Dank an das Gewerkschaftsforum – weitere Beiträge empfohlen

Quelle: https://gewerkschaftsforum.de/was-beschaeftigte-ueber-das-arbeitssicherstellungsgesetz-sollten/

Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse

Zum 82. Jahrestag seiner Ermordung am 18. August 1944

Ernst Thälmann, geboren am 16. April 1886 in Hamburg, wuchs als Sohn der Arbeiterklasse auf. Frühe Armut und harte Arbeit prägten ihn. Als junger Hafenarbeiter und Gewerkschafter lernte er die Ausbeutung am eigenen Leib kennen. Er zog die Konsequenzen: vom antimilitaristischen Kampf im Ersten Weltkrieg über den Bruch mit der verräterischen SPD-Führung bis zum Eintritt in die KPD. 1925 wurde er Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands. Unermüdlich führte „Teddy“ den Kampf gegen den aufkommenden Faschismus, gegen Imperialismus und Krieg. Er warnte die deutsche Arbeiterklasse vor Hitler und rief zur proletarischen Einheitsfront auf. Während die Sozialdemokratie mit ihrer Politik des „Hineinlassens“ den Weg für die Barbarei ebnete, stand Thälmann für klassenbewußten, konsequenten Widerstand. Er orientierte sich auf die Sowjetunion und die Errungenschaften der Oktoberrevolution – die einzig siegreiche Alternative zur kapitalistischen Ausbeutung.



Elfundeinhalb Jahre hielt er in faschistischer Einzelhaft stand. Folter, Isolation und die Nachrichten von den scheinbaren Erfolgen der Hitler-Armeen konnten seinen Glauben an den Sieg der Arbeiterklasse nicht brechen. Bis zuletzt blieb er standhaft, treu den marxistisch-leninistischen Idealen und der Sache seiner Klasse. Heute, 82 Jahre nach seiner Ermordung, versuchen bürgerliche und revisionistische Geschichtsklitterer immer noch, sein Bild zu beschmutzen. Sie wollen den Helden der Arbeiterklasse kleinreden, um die eigene Anpassung an das kapitalistische System zu rechtfertigen. Doch die Arbeiterklasse vergißt ihre Helden nicht. Thälmann verkörpert den unbeugsamen Kampf gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus – einen Kampf, den die KPD auch im Jahr 2026 fortsetzt.

Ernst Thälmann lebt! In der organisierten, revolutionären Partei der Arbeiterklasse, in jedem Streik, in jedem Widerstand gegen Ausbeutung und Kriegshetze setzt sich sein Vermächtnis fort. Die Rote Fahne weht weiter. *Die KPD ehrt ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann.*

+++ KURZMELDUNGEN +++

Mach mit! Mach's nach! Mach's besser!

Wahlkampfhilfe in Mecklenburg-Vorpommern gesucht

Die KPD tritt am 20. September 2026 zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern an. Wir wollen den Wahlkampf nutzen, um unsere Positionen gegen Krieg, Aufrüstung und Sozialabbau bekannt zu machen. Seit Mitte August hängen bereits die ersten Wahlplakate. Da wir in Mecklenburg-Vorpommern nur wenige, über das Land verstreut lebende Genossen haben, sind wir auf Unterstützung angewiesen.

Gesucht werden Helferinnen und Helfer zum Plakatieren, Flugblätterverteilen und zur Betreuung von Infoständen. Wer Zeit und Lust hat gemeinsam, den Wahlkampf aktiv zu unterstützen, meldet sich bitte bei

mike.nagler@k-p-d.org.

Jede helfende Hand zählt! Gemeinsam machen wir die KPD in Mecklenburg-Vorpommern sichtbar.

Unser Landeswahlprogramm steht unter:

www.waehlt-kpd.de

DGB-Aktionstag für den Sozialstaat

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ruft für den 26. September unter dem Motto „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente.“ zu bundesweiten Kundgebungen in 15 Städten auf: Berlin, Bremen, Erfurt, Essen, Frankfurt am Main, Freiburg im Breisgau, Hamburg, Hannover, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Nürnberg, Rostock, Saarbrücken, Stuttgart. Die KPD unterstützt den Kampf gegen Sozialabbau und ruft dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen.

Gleichzeitig bleibt die Kritik am DGB notwendig: Wer den Sozialstaat verteidigen will, muß sich auch der Aufrüstung und Kriegspolitik entgegenstellen. Milliarden für Rüstung bedeuten Kürzungen bei Löhnen, Renten, Bildung und Gesundheit. Sozialabbau und Militarisierung sind zwei Seiten derselben imperialistischen Politik. Deshalb gehört der Kampf für soziale Rechte untrennbar zum Kampf gegen Krieg und Aufrüstung.

Mehr Informationen:
https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/aktionstag-sozialstaat/

Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern



Derzeit sind Helfer der KPD in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs, um die Plakate für die Landtagswahl am 20. September 2026 in der Öffentlichkeit aufzuhängen.

Der Wahlkampf steht unter dem Motto: "Die Ostsee muss ein Meer des Friedens sein!"

Altersarmut ist politisch gemacht

Altersarmut ist für viele Realität: Mehr als 60 Prozent der Rentnerinnen erhalten eine gesetzliche Altersrente unterhalb der Armutsgrenze. Bei Männern betrifft dies rund 28 Prozent. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung vom Juli auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Besonders betroffen sind Frauen, die häufiger in schlecht bezahlten Berufen arbeiten, Teilzeit leisten oder unbezahlte Sorgearbeit übernehmen. Auch 35 Jahre nach der Herstellung der sogenannten „Einheit“ bestehen zwischen Ost und West massive Unterschiede: Unterschiedliche Lohn- und Erwerbsbiografien wirken bis heute nach. Niedrige Renten sind kein Zufall, sondern Ergebnis einer Politik, die die Kosten des kapitalistischen Systems auf die arbeitenden Menschen abwälzt. Während Konzerne und Vermögende profitieren und Milliarden in Aufrüstung fließen, müssen immer mehr Menschen im Alter jeden Euro umdrehen. Ein würdiger Lebensabend ist kein Almosen, sondern das Recht derjenigen, die jahrzehntelang gearbeitet und die Gesellschaft aufgebaut haben.

Wohnen wird zur Klassenfrage

Die Mieten in den Großstädten steigen weiter. Laut einer Ende Juli erschienenen Analyse des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zahlen Mieter in München durchschnittlich 23,70 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter. Auch in Frankfurt, Hamburg und Stuttgart liegen die Preise deutlich über 16 Euro. Besonders teuer sind neue Mietwohnungen: Im Durchschnitt werden dafür 19 Euro pro Quadratmeter verlangt. Die Wohnungskrise ist kein Naturereignis, sondern Folge eines Systems, in dem Wohnraum zur Ware und Spekulationsobjekt geworden ist. Während Immobilienkonzerne und Eigentümer von steigenden Preisen profitieren, müssen immer mehr Menschen einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Die Eigentumsfrage entscheidet auch über die Wohnungsfrage. In der DDR war Wohnraum nicht dem Profitinteresse privater Eigentümer und Spekulanten untergeordnet. Durch staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau wurde das Recht auf Wohnraum abgesichert; Obdachlosigkeit und Mietwucher gehörten nicht zum Alltag. Heute zeigt sich erneut: Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Bezahlbarer Wohnraum erfordert eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft und die Überwindung der Profitlogik.

Das Symbol Thälmann

Als er,
im elften Jahr seiner Gefangenschaft,
von sich
als von einer Sache sprach -
von seinen Feinden mehr gefürchtet,
als eine Armee -,
sprach er auch davon,
daß der Feind ihn
die eigene Niederlage
nicht überleben läßt.
Thälmann, krank und gefangen,
jederzeit auszublasen wie ein Streichholz,
sah sich,
im Angesicht seines Todes,
mit klarem Verstand.
Er, der schon aufgehört hatte,
der Mann, der Vater, der Geliebte zu sein,
war, noch atmend und denkend,
zum Symbol seiner Klasse geworden.
All das aber,
so wußte er,
war nicht sein persönliches Werk,
sondern
das Werk seiner Partei.
So sah er sich
mit den Augen seiner Genossen
als eine Sache.
Das nenne ich
revolutionäre Bescheidenheit.

Heinz Kahlau

70 Jahre KPD-Verbot

Ein schändliches Urteil der Adenauer-Justiz

Am 17. August 2026 jährt sich zum 70. Mal der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) verbot. Ein Urteil, das nicht nur eine legale marxistisch-leninistische Partei zerschlug, sondern Tausende Kommunistinnen und Kommunisten, ihre Familien und Sympathisanten in eine Welle von Repression, Verhaftungen und Berufsverboten stürzte. Es war der Höhepunkt der antikommunistischen Hetze in der jungen Bundesrepublik – ein Akt der Klassenjustiz im Dienste des Monopolkapitals und des US-Imperialismus.

Für die herrschende Klasse war die KPD immer ein Dorn im Auge: die konsequenteste antifaschistische Kraft, die Stimme der Arbeiterklasse, die gegen Remilitarisierung, Spaltung Deutschlands und die Restauration des deutschen Imperialismus kämpfte. Heute, 70 Jahre später, hängt dieses Verbot weiter wie ein Damoklesschwert über allen, die für Frieden, Demokratie und Sozialismus eintreten.

Die KPD hatte in der Weimarer Republik und im antifaschistischen Widerstand gegen Hitler eine zentrale Rolle gespielt. Tausende Genossinnen und Genossen fielen im Kampf gegen den Faschismus, in Zuchthäusern, Konzentrationslagern oder an der Front der Internationalen Brigaden in Spanien. Nach 1945 trat die Partei für die konsequente Entnazifizierung, die Enteignung der Monopole und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung ein. Sie war in den Betrieben stark verwurzelt, organisierte den Widerstand gegen die Spaltung und forderte die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage. Doch genau das war den westdeutschen Konzernherren und ihren US-amerikanischen Verbündeten ein Dorn im Auge.

In der Bundesrepublik gab es in den ersten beiden Jahrzehnten staatliche Verfolgung großen Ausmaßes. Es gab systematische politische Ungerechtigkeiten – unter dem Tarnmantel des Rechts, im Namen der Freiheit und auf dem Boden der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“. Betroffen waren in erster Linie westdeutsche Kommunisten, ihre Unterstützer und Sympathisanten; aber auch bloße Kontaktpersonen, die selbst keine Kommunisten waren. Das gesamte Ausmaß der staatlichen Verfolgung des „inneren Feindes“ erscheint heute schier unglaublich: Allein in der Zeit von 1951 bis 1968 gab es Ermittlungsverfahren gegen 150.000 bis 200.000 Personen. Eingeleitet wurden sie nahezu ausschließlich wegen gewaltfreier linksoppositioneller Arbeit oder wegen politischer Kontaktschuld. Verfolgt und bestraft wurden Gegner der Remilitarisierung Westdeutschlands, weil sie organisiert gegen Wiederaufrüstung und Atombewaffnung protestiert hatten. Menschen wurden nur deshalb zum Beispiel wegen „Staatsgefährdung“ oder „Geheimbündelei“ bestraft, weil sie für eine „Wiedervereinigung Deutschlands in freien Wahlen“ oder für ein demokratisches, entmilitarisiertes und neutrales Gesamtdeutschland eingetreten waren oder weil sie deutsch-deutsche Kontakte pflegten – etwa durch Teilnahme an Sport-Wettkämpfen. Sie wurden kriminalisiert wegen des Bezugs von Post aus der DDR oder wegen Teilnahme an der Volksbefragung zur Wiederaufrüstung.

Die KPD störte die Pläne der Wiederbewaffnung, der NATO-Integration und der Restauration des deutschen Imperialismus. Schon früh setzten die Repressalien ein: Das „Blitzgesetz“ von 1951, das unter Beteiligung ehemaliger NS-Juristen wie Dr. Schafheutle ausgearbeitet wurde, schuf die juristischen Waffen. Es kriminalisierte nicht nur konkrete Handlungen, sondern schon die bloße kommunistische Gesinnung – vom Tragen einer roten Nelke am 1. Mai bis zur Organisation von Reisen in die DDR.



Mottenkiste der Geschichte

Volksbefragung gegen Remilitarisierung

Besonders deutlich wurde der Hass der Herrschenden, als sich in breiten Kreisen der Bevölkerung massiver Widerstand gegen die Remilitarisierung regte. Damalige Umfragen des Emnid-Instituts zeigten: Im Dezember 1949 sprachen sich 74,9 Prozent gegen eine Wiederbewaffnung aus, im November 1950 waren es noch 73,4 Prozent. Die KPD, die VVN, die FDJ und andere demokratische Kräfte organisierten diesen Widerstand. Im September 1950 erklärte die Bundesregierung die Mitgliedschaft in der KPD, VVN, FDJ und im Kulturbund zur „demokratischen Erneuerung Deutschlands“ für unvereinbar mit dem Staatsdienst. Die DGB-Führung verlangte von ihren hauptamtlichen Funktionären ein Bekenntnis zum Antikommunismus und unterstützte damit aktiv die Spaltung der Arbeiterbewegung. Am 28. Januar 1951 fand in Essen ein Kongreß statt, an dem zahlreiche Remilitarisierungsgegner unterschiedlichster politischer Lager teilnahmen. Es wurde eine Volksbefragung gefordert: Die Bürger der BRD sollten gefragt werden, ob sie gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik und für den Abschluß eines Friedensvertrags mit den vier Siegermächten für ein vereinigtes, demokratisches und neutrales Gesamtdeutschland sind. Am 14. April 1951 wurde in Essen ein Hauptausschuß gebildet. Doch nur zehn Tage später verbot die Bundesregierung diese Volksbefragung und kriminalisierte alle Beteiligten – unter demagogischer Umdeutung von Artikel 9 GG (Vereinigungsfreiheit). Auf Antrag des zur SPD übergelaufenen Herbert Wehner wurde ein Strafrechtsänderungsgesetz durchgepeitscht, das die Unterschriftensammlung für die Volksbefragung unter Strafe stellte. Die konsequentesten Gegner der Remilitarisierung und aktivsten Streiter für die Volksbefragung waren die Mitglieder der KPD, der VVN und der FDJ. Genau deshalb verbot die Regierung zunächst die FDJ und stellte 1951 den Verbotsantrag gegen die KPD. Die Volksbefragung zeigte das wahre Gesicht der „Demokratie“ der Bonner Republik: Wo das Volk selbst entscheiden wollte, wurde es mundtot gemacht. Die KPD stand an vorderster Front dieses Kampfes – und wurde dafür zerschlagen.

Das Verbotsurteil – Vollstreckung des Willens der Monopole

Am 17. August 1956 fiel das Urteil: Die KPD wurde aufgelöst, ihr Vermögen eingezogen, Ersatzorganisationen verboten. Nach dem Verbot wurden in westdeutschen Städten die Parteibüros geschlossen, Druckereien beschlagnahmt, Zeitungen verboten und das Parteivermögen eingezogen. Das Gericht warf der Partei „verfassungswidrige Fernziele“ vor – die Diktatur des Proletariats, die Abschaffung der Ausbeutung. In Wirklichkeit ging es um die Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung. Die Folgen waren brutal: Zehntausende Ermittlungsverfahren, Hunderte Verhaftungen, lange Haftstrafen. Das gesamte Eigentum der Partei wurde konfisziert. Landtagsmandate annulliert. Viele Genossinnen und Genossen, die schon unter Hitler eingesperrt waren, landeten erneut im Gefängnis. Teils sprachen dieselben Richter die Urteile. Die Repression traf nicht nur die KPD, sondern auch Sympathisanten, Gewerkschafter und Friedensaktivisten. Allein das Tragen bzw. Verteilen von roten Nelken am 1. Mai reichte als Anknüpfungspunkt für eine Bestrafung aus – rote Nelken galten als Symbol der verbotenen KPD. Oder: Schon die Organisierung von Ferienreisen in die DDR für Kinder aus sozial schwachen Familien reichte aus, um die Organisatoren für ein ganzes Jahr hinter Gitter zu bringen. Politische Argumente von Nichtkommunisten konnten dann bestraft werden, wenn sie zeitgleich auch von der KPD geäußert wurden und ein „Gleichklang mit dem Sprachgebrauch“ der KPD-Agitation nachgewiesen werden konnte. In der Folge des Verbotes gab es zahlreiche Berufsverbote für Kommunisten oder für Kommunisten gehaltene Personen in der Bundesrepublik. Bis heute fehlt eine offizielle Aufarbeitung. Keine Rehabilitierung der Opfer, keine Entschädigung. Stattdessen Kontinuität der Überwachung und Repression – vom Radikalenerlaß bis zu heutigen Berufsverboten gegen Linke.

Ein Instrument der Herrschenden – bis heute

Das KPD-Verbot machte die BRD zum Außenseiter in Westeuropa. Während in Frankreich und Italien starke kommunistische Parteien legal wirkten, herrschte hier Kommunistenhatz. Es war die Fortsetzung der Politik der Faschisten mit anderen Mitteln: dieselben Nazirichter und -beamten in den Ämtern, dieselbe Angst vor der organisierten Arbeiterklasse.

Die herrschende Klasse warf die bürgerlichen Grundrechte über Bord, um ihre Remilitarisierungspläne durchzusetzen. Die KPD hatte in den Gewerkschaften Einfluss und organisierte den Widerstand. Genau das sollte zerschlagen werden. Das Verbot war kein Akt der Demokratieverteidigung, sondern der Klassendiktatur des Monopolkapitals.

Trotz alledem gelang es nicht, die KPD zu vernichten. Die Genossinnen und Genossen kämpften illegal weiter, verbanden legale und illegale Formen des Widerstands. 1968 konnte die DKP gegründet werden – ein wichtiger Schritt, der die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots von Anfang an erhob. Doch das Verbot selbst bleibt bis heute in Kraft. Es dient weiter als Instrument der Einschüchterung aller demokratischen und linken Kräfte.

Die KPD heute – Tradition und Kampf um Einheit

Während im Westen die KPD verboten und verfolgt wurde, verlief die Entwicklung im Osten anders. 1946 vereinigten sich KPD und SPD zur SED – eine Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg und der Spaltung der Arbeiterbewegung. Gemeinsam bauten sie die DDR und den Sozialismus auf. Nach der Konterrevolution 1989/90 und der Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse wurde die KPD im Januar 1990 in der DDR neu gegründet. Dies geschah aus der Erkenntnis der reformistischen Entwicklung der PDS. Die neu gegründete KPD knüpfte bewußt an die revolutionären und antifaschistischen Traditionen der im Westen verbotenen KPD an. Sie steht fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und kämpft für den Sozialismus. Das Verbot traf sie nicht, da sie durch den Einigungsvertrag als legale Partei eingestuft wurde und als gesamtdeutsche legale Partei auftreten kann.

Die heutige KPD und auch die DKP sind beide nicht vergleichbar mit der Größe, Kraft, Einfluß und Organisation der historischen, verbotenen KPD. Aber sie sind beide Kinder der historischen KPD und aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung in Ost und West unterschiedlich geprägt. Heute sind die Zersplitterungen der kommunistischen Bewegung – wie sie sich bereits in Westdeutschland in den Jahren nach dem Verbot der KPD zeigten – noch deutlicher. Gefühlt jedes Jahr schießt eine neue Organisation aus dem Boden, die sich anschickt, „demnächst die kommunistische Partei gründen zu wollen“. Meist verschwinden sie dann auch in den Folgejahren, weil die Protagonisten mit dem Studium fertig geworden oder im bürgerlichen Alltag angekommen sind. Das mißversteht grundlegend, wie Organisationen entstehen, die wirklichen Einfluß ausüben können. Notwendig ist die Einigung der kommunistischen Kräfte und die Formierung einer gemeinsamen, kampffähigen Kraft unserer Klasse. Natürlich tut der Staat alles damit es nicht dazu kommt. Gerade heute im Schatten der Kriegsvorbereitungs- und Sozialabbaupolitik erleben wir, wie die Repressionen zunehmen und die alten Mittel wieder aus der Schublade geholt werden. Ein Vertreter des Monopolkapitals sagte in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts einmal: „Kommunistische Partei? Finde ich gut. Es kann nicht genug davon geben.“

Die KPD lebt in der Tradition des antifaschistischen Widerstands weiter. Ihr Verbot war ein Verbrechen an der Demokratie. Die Forderung ist auch heute noch richtig: Weg mit der antikommunistischen Staatsdoktrin! Weg mit dem KPD-Verbot! Für die Einheit im Kampf gegen Imperialismus und Krieg. Für den Sozialismus.

M.N.



Liederlich

Icke: Na wo wir letztens im Biergarten saßen.

Atze: Als…

Icke: Als wo wir letztens im Biergarten saßen.

Atze: Und da hat der beim freien Reden gekauderwelscht?

Icke: Jau. Plötzlich sprach der von seinen „Kolleg innen“.

Atze: Boah. Haste was gesagt?

Icke: Nee. Aber ich habe gestutzt… und habe mich gewundert.

Atze: Der hätte ja auch Kolleginnen sagen können.

Icke: Stimmt. Seltsam.

Atze: Dings sind genau so drauf. Ich nenne die immer anschmiegsam.

Icke: Wie anschmiegsam?

Atze: Die wissen genau, wann sie wo mitmachen… und auch entsprechend anzeigen.

Icke: Opportunisten?!

Atze: Das ist ein hartes Wort. Faktisch sind wir das auch. Wir haben bloß ne andere Meinung.

Icke: Ja oder nein?

Atze: Ja. Ja! Zu DDR-Zeiten war sein Vater in der SED. Dann sofort raus. Er war natürlich stolz in der FDJ… zumindest sagt er das, ist heute aber „linksliberal“. Die Ukraine-Flagge haben die auch aus dem Fenster gehängt, gendern alle, wählen die Olivgrünen und lassen die Kinder zu Anti-AfD-Protesten fahren… das ist ja alles von oben gut organisiert.

Icke: Krass. Klischee hoch zehn…

Atze: Leider nicht. Die sind so.

Icke: Und das hältst du aus?

Atze: Das fällt mir immer schwerer, verschafft mir aber einen Einblick in die liederliche Welt der Kleinbürger.

Icke: Sagste was, wenn der gendert?

Atze: Sofort… jedenfalls bei den letzten Treffen noch. Zuerst hatte ich mich drüber lustig gemacht und dann versucht, den Dummsinn ernsthaft in Frage zu stellen.

Icke: Wie?

Atze: Ich wies daraufhin, daß das grammatikalische Geschlecht nichts mit dem biologischen Geschlecht zu tun hat. Mit „der Mensch“ sind alle Menschen und nicht nur Männer gemeint. „die Person“ meint alle Menschen und nicht nur Frauen. „das Opfer“ können alle und nicht nur geschlechtslose Menschen sein. Und „wenn wir tot sind, sind wir der Leichnam und die Leiche zugleich.“1

Icke: Und?!

Atze: Dann hatte ich noch ein Gleichnis von Daniela Dahn. Die Knallköppe bemühen ja immer die „Gleichbehandlung von Frauen und Männern“ und die „Gleichstellung der Geschlechter in gesprochener und geschriebener Sprache“2 für ihr…

Icke: Zerstörungswerk an der deutschen Sprache!

Atze: Daniela Dahn schrieb mal in etwa: „In der DDR habe ich als Kranführer gearbeitet. Heute weiß ich, ich war Kranführerin.“

Icke: Verstehe. Frauen arbeiteten zu DDR-Zeiten gleichberechtigt in Männerdomänen auf dem Bau, in Werften oder im Schwermaschinenbau und genderten ihren Beruf nicht.

Atze: In der BRD kommen Frauen kaum in Männerdomänen unter, aber ihre Berufsbezeichnungen werden wegen der „Gleichbehandlung von Frauen und Männern“ und „Gleichstellung der Geschlechter in gesprochener und geschriebener Sprache“ gegendert.

Icke: Absurd. Der Kampf um Gerechtigkeit beschränkt sich also auf die Grammatik.

Atze: Wir sollen ja nicht auf dumme Gedanken kommen und müssen ausreichend verwirrt und kontrolliert werden.

Icke: Naja… ich muß los.

Atze: Wohin?

Icke: Zum Impfen…

Atze: Haha.

1) *https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus232549403/Diskriminierungssensible-Sprache-Gendern-ist-Gesinnungszwang.html*

2) *https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechtergerechte_Sprache*

Schulstreik gegen Wehrpflicht

Das bundesweite Schulstreik-Bündnis gegen die Wehrpflicht ruft für den 25. September erneut zu Schulstreiks und Demonstrationen auf. Die Proteste richten sich gegen Wehrpflicht, Militarisierung und Kriegsvorbereitung. Nach mehreren erfolgreichen Aktionstagen in diesem Jahr sollen bundesweit wieder Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen. Weitere Informationen und die örtlichen Termine finden sich unter:

www.schulstreikgegenwehrpflicht.com

Kein Geld für Schulen, Milliarden für Waffen

Immer mehr Städte und Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Fehlende Einnahmen, steigende Kosten und eine chronische Unterfinanzierung gefährden die kommunale Daseinsvorsorge. Notwendige Investitionen in Schulen, Wohnungen, Verkehr, Kultur und soziale Einrichtungen können vielerorts nicht mehr ausreichend finanziert werden.

Gleichzeitig erschweren Schuldenbremsen und Haushaltsauflagen die Aufnahme neuer Kredite. Dadurch entsteht ein politischer Druck zu Kürzungen, dem Verkauf öffentlichen Eigentums und der Privatisierung kommunaler Aufgaben. Eine zentrale Ursache liegt darin, daß Bund und Länder den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, ohne die tatsächlichen Kosten vollständig zu übernehmen. Städte und Gemeinden müssen für soziale Leistungen, Pflege, Unterbringung und viele weitere Aufgaben aufkommen, erhalten dafür aber oft nur einen Teil der notwendigen Mittel.

Während Kommunen zum Sparen, Kürzen und Privatisieren gezwungen werden, steigen die Ausgaben für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Milliarden fließen in Rüstung, während vor Ort Schwimmbäder geschlossen, Infrastruktur vernachlässigt und soziale Angebote abgebaut werden. Die kommunale Finanzkrise ist kein Naturereignis, sondern Folge politischer Entscheidungen. Eine starke öffentliche Daseinsvorsorge erfordert eine andere Priorität: Nicht Waffen und Profite, sondern die Bedürfnisse der Menschen müssen im Mittelpunkt stehen.

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate:
VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen Ludwigsfelde

In der DRF vom Juni diesen Jahres wird die militärische Nutzung des Werkes im brandenburgischen Ludwigsfelde im Imperialismus, vor 1945 und heute, thematisiert. Im Sozialismus war es anders: Nutzfahrzeuge waren in der DDR keine Waffen, sondern hauptsächlich landwirtschaftliche Geräte, die zuletzt im Kombinat Fortschritt Landmaschinen Neustadt erzeugt wurden, und Lastkraftwagen (Lkw). Der kleine Barkas ist wie der Multicar ein Nutzkraftwagen, doch sein Beispiel zeigt die Schwierigkeiten der Kombinatsbildung im Industrieverband Fahrzeugbau an: Der VEB Barkas in Karl-Marx-Stadt war Stammbetrieb des Pkw-Kombinates. Die Motoren aus Nordhausen des Nutzkraftfahrzeugkombinates wiederum wurden auch in die Traktoren des Fortschritt-Kombinates eingebaut.

Die Lkw-Produktion in der DDR beginnt mit den Serien mit der charakteristischen Schnauze: H 3 A, S4000, S4000-1, G5, H6 usw. Anfangs noch in den Zwickauer Sachsenring-Werken gebaut, wurde wegen Platzmangel die Produktion in das Werdauer LOWA-Werk, nun VEB Kraftfahrzugwerk „Ernst Grube“ Werdau, verlagert, wo 1960-1967 21460 S4000-1 entstanden.

Zu dieser Zeit wurden im VEB Industriewerk Ludwigsfelde (IWL) noch Motorroller der Marken Pitty, Wiesel, Berlin und Troll gefertigt. Dann orientierte Walter Ulbricht auf dem 7.Bauernkongreß 1962 wegen der Intensivierung der Landwirtschaft auf den Bau eines robusten, geländegängigen, also allradgetriebenen Lkw. Werdau hatte inzwischen den S4000-1 zum S4500-Prototypen (die Zahl ist Nutzlast in kg) weiterentwickelt, der als noch weiterentwickeltes W45- bzw. W50L-Funktionsmuster sofort in Serie gebaut werden konnte. Dafür kam es zum bis dahin größten Betriebsneubau der DDR-Fahrzeugindustrie, aber nicht in Werdau, von dem nur das W der legendären Marke W 50 blieb, sondern in Ludwigsfelde, weshalb der Nachfolge-Lkw L60 hieß. In 88 Tagen entstand der Rohbau der mit 72000 Quadratmetern damals größten Industriehalle der DDR. Mit der Inbetriebnahme 1965 wurde aus IWL der VEB Automobilwerke Ludwigsfelde. Es war das damals größte und modernste Fahrzeugwerk weltweit. Die Serienfertigung des W50 startete am 1.Juli. Ludwigsfelde wuchs auf 18000 Einwohner an und erhielt 1975 Stadtrecht. Das Werk wurde Stammbetrieb des bei Auflösung der VVB am 1.1.1978 neugegründeten VEB IFA-Kombinat Nutzkraftwagen Ludwigsfelde. Dieses beschäftigte 1989 knapp 50000 Leute, gehörte zum Ministerium für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau und wurde 1987 von Generaldirektor Lothar Heinzmann geleitet.



Neben dem Stammbetrieb gehörten dem Kombinat folgende VEB an: Robur-Werke Zittau mit den legendären LO, z.B.1800A und 2002A, IFA-Motorenwerke Nordhausen, Fahrzeugwerk Waltershausen mit der Multicar-Reihe (W), Bremshydraulik Limbach-Oberfrohna (=Renak-Bremsenwerke), Gelenkwellenwerk Stadtilm, Fahrzeuggetriebewerk „Joliot Curie“ Leipzig, Fahrzeuggetriebewerk „Wilhelm Friedel“ Karl-Marx-Stadt, Fahrzeugwerk „Ernst Thälmann“ Lübtheen (W), IFA-Ingenieurbetrieb Hohenstein-Ernstthal, IFA-Getriebewerk Brandenburg, Spezialfahrzeugwerk Berlin (W), Feuerlöschgerätewerk Luckenwalde (W), Gelenkwellenwerk Haldensleben, Automot IFA Vertrieb für Importerzeugnisse Heidenau, Karosseriewerk Aschersleben (W), Kraftfahrzeugzubehörwerke Dresden, Kraftfahrzeugzubehörwerke Meißen, Möve-Werk Mühlhausen und Motorenwerk Cunewalde. Zudem gab es die allfälligen Umprofilierungen und Umorganisationen: 1981 wurde der VEB Fahrzeugbau und Ausrüstungen Brandis dem VEB Robur angegliedert; aus dem Pkw-Kombinat wurde 1984 das Traktorenwerk Gotha herübergeschoben und nannte sich fortan VEB Fahrzeugachsen Gotha; vom Kombinat GISAG übernahm IFA Ludwigsfelde 1987 bei dessen Eingliederung in das Kombinat baukema die volkseigenen Betriebe Kugelgraphiteisengießerei „Antonio Maidana“ Fürstenwalde, Metallgußwerk Leipzig, Metallgußwerk Wernigerode und Zwickauer Eisenwerk; vom Kombinat TAKRAF schließlich erhielt das Kombinat 1984 den VEB Maschinenbau „Karl Marx“ Babelsberg, uns schon als vormaliger Diesellokproduzent bekannt. 1984 gehörte kurzzeitig der VEB Karosseriewerke Halle (W) zum Nutzkraftfahrzeugkombinat. Bei vielen VEB steht hinter dem Namen (W). Das soll bedeuten, daß der jeweilige Betrieb vorher zum Werdauer Kombinat – 1970-1977 IFA-Kombinat Anhänger, 1978-1984 VEB IFA-Kombinat Spezialaufbauten und Anhänger Werdau – gehört hat.



Nicht auf alle nützlichen Fahrzeugtypen des Kombinates, von der Feuerwehr über den Kran bis zur Kehrmaschine, vom VP-Transportfahrzeug über den Pritschen- bis zum Kastenwagen, kann hier in diesem kurzen Text eingegangen werden, auch nicht auf die Ameise, die dann zum bis heute gebauten Multicar wurde. Aber zum W50 ist etwas zu sagen: Die meisten Exemplare erhielt mit 98201 Stück Ungarn. Dafür bekamen wir von dort die Ikarus-Busse, denn so war im RGW die Spezialisierung vereinbart. Die Werdauer Fabrik stellte daher auch die Busproduktion ein. In die UdSSR gingen nur 49311 W50, denn die Sowjetunion hatte natürlich eine eigene erhebliche Lkw-Produktion, während die DDR auf kleine und mittelgroße Lkw spezialisiert wurde. Die zweitmeisten Fahrzeuge, 72209, gingen in den Irak, der mit Erdöl gut bezahlen konnte, die drittmeisten (69337) nach China. Wir bildeten in den Entwicklungsländern auch die Monteure aus, damit der W50 unter widrigsten Bedingungen einsatzfähig blieb. Von 1965 bis 1990 wurden insgesamt 571789 W50 in 60 verschiedenen Varianten und über 240 länderspezifischen Modifikationen produziert, davon 193734 in Allradausführung. 398726 Fahrzeuge bzw. knapp 70% davon wurden exportiert.

Ein Superlativ ist zur Produktion zu vermelden: Eine Mannschaft unter dem Ingenieur Dr. Horst Steinicke entwickelte erstmalig weltweit einen Explosivumformungsprozeß für die industrielle Serienfertigung. Das heißt, in der ersten Explosiv-Umformmaschine der Welt wurde seriell an W50-Achsbrücken gesprengt. Start: 2.Januar 1977, 6.45 Uhr. Auch Achsen für den ZT303-Traktor und Ikarus-Busse wurden so bearbeitet. Vorteil: Jede Umformung hat einen plastischen, bleibenden und einen elastischen, sich rückentwickelnden Anteil. Bei der Explosivumformung wird letzterer Anteil, den man nicht haben will, minimiert. Es erhöht sich die Qualität, also Laufleistung bzw. Lebensdauer. Bei keiner der 250000 explosiv geformten Achsbrücken des W50 traten im Fahrbetrieb irgendwelche Schäden auf! Bei der Produktion wurden 15% Material, 20% Energie und außerdem Werkzeugkosten eingespart. Es wurden Patente in vielen Ländern angemeldet. Für diese Leistung erhielt das Entwicklerkollektiv den Nationalpreis 1.Klasse für Wissenschaft und Technik.

Wer die Fahrzeuge des Kombinates IFA Ludwigsfelde in Aktion sehen möchte, besuche eines der zum Glück zahlreichen Veteranentreffen landauf und landab! Auch in den 45 Ländern auf vier Erdteilen fahren noch zahlreiche W50, die etwa Kuba, Nikaragua und dem Iran helfen, der imperialistischen Aggression zu widerstehen.

VKWF

+++ KOMMENTAR +++

Frieden ist nicht alles…

…aber ohne Frieden ist alles nichts. Diese Aussage stammt von Willi Brandt.

Sie hat mir damals schon nicht gefallen (Anfang der 70er Jahre) und gefällt mir auch heute noch nicht. Dazu kam der Kniefall W. Brandts in Warschau. Wir sollten an die Friedfertigkeit des Imperialismus glauben und haben es sogar gemacht (SED-SPD-Papier 1987). Ergebnis: das was wir heute haben…

Nun gehen wir wieder auf die Straße für Frieden. Wissen wir eigentlich, was wir wollen? Wir sagen doch nicht, daß die EU den Krieg in der Ukraine beenden soll, oder doch? Wir sagen auch nicht, daß die USA und Israel den Krieg gegen den Iran beenden sollen. Oder doch? Soll ich noch mehr aufzählen?

Lenin erklärt uns das folgender maßen:

„Die Stellung der Sozialisten zu Kriegen. Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt. Aber unsere Stellung zum Krieg ist eine grundsätzlich andere als die der bürgerlichen Pazifisten (der Friedensfreunde und Friedensprediger) und der Anarchisten. Von den ersteren unterscheiden wir uns durch unsere Einsicht in den unabänderlichen Zusammenhang der Kriege mit dem Kampf der Klassen im Innern eines Landes, durch die Erkenntnis der Unmöglichkeit die Kriege abzuschaffen, ohne die Klassen abzuschaffen und den Sozialismus aufzubauen, ferner auch dadurch, daß wir die Berechtigung, Fortschrittlichkeit und Notwendigkeit von Bürgerkriegen voll und ganz anerkennen, d.h. von Kriegen der unterdrückten Klasse gegen die unterdrückende Klasse, der Sklaven gegen die Sklavenhalter, der leibeigenen Bauern gegen die Gutsbesitzer, der Lohnarbeiter gegen die Bourgeoisie. Von den Pazifisten wie von den Anarchisten unterscheiden wir Marxisten uns weiter dadurch, daß wir es für notwendig halten, einen jeden Krieg in seiner Besonderheit historisch (vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus) zu analysieren. Es hat in der Geschichte manche Kriege gegeben, die trotz aller Gräuel, Bestialitäten, Leiden und Qualen, die mit jedem Krieg unvermeidlich verknüpft sind, fortschrittlich waren, d.h. der Entwicklung der Menschheit Nutzen brachten, da sie halfen, besonders schädliche und reaktionäre Einrichtungen (z.B. den Absolutismus oder die Leibeigenschaft) und die barbarischsten Despotien Europas (die türkische und die russische) zu untergraben. Wir müssen daher die historischen Besonderheiten eben des jetzigen Krieges untersuchen.“ (Sozialismus und Krieg, 1915)

Auch wenn die Erklärung lang ist, wir sollten mit ihr arbeiten…

Ich hatte ein Gespräch zur militärischen Auseinandersetzung in der Ukraine. Nachdem ich die Geschichte und den Hergang der Auseinandersetzung innerhalb der Ukraine erklärt hatte, daß das präfaschistische Regime, welches sich mit dem Putsch in Kiew etablierte, einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bevölkerung führte – und damit, warum es zum Eingreifen der RF kam – war die Antwort: „trotzdem war es völkerrechtswidrig…“. Es war ein Genosse von uns, mit dem ich sprach.

Es zeigt, daß wir viel Bildungsarbeit leisten müssen, daß klassenmäßiges Verständnis ohne unsere Wissenschaft eben nicht so einfach ist.

Ich wünsche mir nur, daß wir, so wie es Lenin gewollt hätte, uns mit jedem Krieg, mit jedem militärischen Konflikt beschäftigen würden.

W.S. aus DD

Fidel Castro Ruz, Comandante en Jefe zum 100. Geburtstag



1926, am 13. August wird Fidel Castro Ruz in Biran geboren.

Am 26. Juli 1953 versammelte Castro rund 160 Mitstreiter um sich, um die Moncada-Kaserne zu stürmen. Der Versuch scheiterte. Am 16. Oktober 1953 fand in Santiago de Cuba die Gerichtsverhandlung statt. In seiner Verteidigungsrede sprach Castro den berühmt gewordenen Satz: **„Die Geschichte wird mich freisprechen!“ („La historia me absolverá!“)**. Er wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Trotz der Haftbedingungen hielt er weiterhin Kontakt zu seinen politischen Freunden und seiner Familie und bildete sich zusammen mit seinen Mitgefangenen politisch weiter. Am 15. Mai 1955 kam Castro im Rahmen einer Generalamnestie frei.

Nach über zwei Jahren Guerillakampf gegen die zahlenmäßig weit überlegene Armee flüchtete Batista am 1.Januar 1959 schließlich aus Kuba. Gleichwohl engagierte sich die CIA bis zum Untergang des Batista-Regimes gegen Revolutionsbefürworter und für das alte Regime, vor allem in Havanna.

Die Regierung Fidel Castros verfolgte eine Politik des Internationalismus. Die Regierung unterstützte beispielsweise die Sandinisten in Nicaragua, die gegen von den USA unterstützte, rechtsgerichtete Contra-Gruppen kämpften.

Darüber hinaus verfolgte Kuba ein militärisches und geheimdienstliches Engagement in Zentralafrika, besonders in Angola und in Äthiopien. In Angola landeten am Vorabend der Unabhängigkeit (1975) kubanische Truppen, um die marxistisch-leninistische Volksbewegung zur Befreiung Angolas (MPLA) unter Agostinho Neto zu unterstützen.

Wesentlicher Teil des kubanischen Internationalismus ist die Entsendung von Ärzten, Lehrern, Technikern und Konstrukteuren hauptsächlich in Länder Afrikas und Lateinamerikas. Ein Beispiel dafür ist der Einsatz von kubanischen Ärzten in den Armenvierteln Venezuelas, um eine medizinische Grundversorgung anzubieten und so die bolivarische Revolution zu unterstützen. Als Gegenleistung liefert Venezuela sein Öl an Kuba weit unter Weltmarktpreis.

Seit Fidel Castros Amtsantritt gab es zahlreiche Mordanschläge und Pläne zu seinem Sturz, insbesondere die Operation Mongoose der US-amerikanischen Regierung und der CIA. Fabian Escalante, der ehemalige kubanische Geheimdienstchef, der lange Zeit für Fidel Castros Sicherheit zuständig war, zählte insgesamt 638 Attentate, die meisten davon geplant oder unterstützt von der CIA und ausgeführt von Exilkubanern oder US-amerikanischen Mafiosi. Dank des effizienten Geheimdienstes, überstand Fidel Castro alle unbeschadet, was ihm einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde einbrachte, als jene Person, der weltweit die meisten Attentatsversuche galten.

Fidel Castro schuf trotz über sechzigjährigem Embargo die erste sozialistische Republik in Lateinamerika.

2016 verstarb der Revolutionsführer im 90. Lebensjahr.

Sein Vermächtnis wird in uns allen weiterleben und uns Kraft geben, die imperialistischen Angriffe zurückzuschlagen. Patria o Muerte, Venceremos!

C.M.

Empört euch! Pflege ist keine Ware

Der Pflegenotstand ist kein Naturgesetz. Er ist das Ergebnis einer Gesellschaft, in der selbst die Versorgung alter und kranker Menschen den Gesetzen von Markt und Profit unterworfen wird. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Zum 1. Januar 2026 mussten Pflegebedürftige im ersten Jahr im Pflegeheim bundesweit durchschnittlich 3.245 Euro im Monat aus eigener Tasche aufbringen – 261 Euro mehr als ein Jahr zuvor. Im Juli waren es bereits durchschnittlich 3.364 Euro. In Bremen stieg der Eigenanteil inzwischen auf 3.761 Euro.

Für Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, wird Pflege damit zur existenziellen Kostenfrage. Angehörige springen ein, reduzieren ihre Arbeitszeit oder geben ihre Berufstätigkeit auf. Besonders Frauen tragen einen großen Teil dieser unbezahlten Arbeit.

Und die Politik? Sie kündigt Reformen an. Mit dem Pflegeneuordnungsgesetz liegt seit Juni 2026 ein Referentenentwurf vor. Er soll die Pflegeversicherung finanziell stabilisieren, Leistungen neu ordnen und die häusliche Pflege stärken. Doch auch diese Reform bewegt sich innerhalb derselben Logik: Es geht vor allem darum, wie die vorhandenen Mittel verteilt und die steigenden Kosten finanziert werden können.

Damit wird die entscheidende Frage nicht beantwortet. Solange Pflegeeinrichtungen privaten Eigentümern gehören und Pflegeleistungen auf einem Markt erbracht werden, steht die Versorgung unter dem Zwang der Wirtschaftlichkeit. Pflegepersonal wird zum Kostenfaktor, Pflegezeit muss sich „rechnen“ und Investitionen sollen sich rentieren. Was als Gewinn an Eigentümer fließt, steht nicht für Personal, Betreuung und Versorgung zur Verfügung. Das Problem liegt deshalb tiefer als bei einzelnen politischen Fehlentscheidungen. Es ist eine Eigentumsfrage.

Ein Blick auf die DDR zeigt, dass Pflege und Gesundheitsversorgung auch anders organisiert werden können. Das Gesundheitswesen befand sich dort in Volkseigentum und wurde nicht nach dem Prinzip privater Gewinnerzielung organisiert. Gesundheit und Versorgung waren als gesellschaftliche Aufgaben organisiert und sollten der gesamten Bevölkerung zugutekommen. Die Eigentumsfrage war damit grundsätzlich zugunsten der Bevölkerung und nicht zugunsten privaten Kapitals entschieden.

Pflege ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie darf deshalb nicht davon abhängen, ob sich ihre Erbringung für einen privaten Betreiber lohnt. Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste gehören in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle. Die BRD ist ein reiches Land. Es fehlt nicht am gesellschaftlichen Reichtum, sondern an der Entscheidung, ihn nach den Bedürfnissen der Menschen einzusetzen.

Die KPD sagt: Pflege ist keine Ware. Gesundheit und ein würdiges Alter sind keine Geschäfte. Die Eigentumsfrage muss zugunsten der arbeitenden Menschen entschieden werden. Eine gute und informative Informationsquelle ist die parteiunabhängige Initiative Pflegenot Deutschland (https://www.pflegenot-deutschland.de/). Sie trägt wichtige Zahlen und Fakten zum Pflegenotstand zusammen und macht die Entwicklung anschaulich. Bei der Frage nach den Ursachen bleibt ihre Analyse jedoch zu kurz: Sie beschreibt die Probleme innerhalb des bestehenden Systems, stellt aber die Eigentumsfrage nicht. Gerade hier muss die Diskussion weitergehen. Denn wer die Probleme wirklich überwinden will, darf nicht nur fragen, wie Pflege besser verwaltet und finanziert werden kann – sondern muss die Eigentumsfrage stellen.

Die Rote Bücherecke

„Spartacus“

Kreuze der Zivilisation

Ein Klassiker der proletarischen Literatur: Howard Fasts „Spartacus“ entlarvt die Barbarei der „Zivilisation“.

In der späten Römischen Republik, genauer: nach dem blutigen Niederschlag des großen Sklavenaufstands unter Spartacus, reist der junge Patrizier Gajus Crassus mit seiner Schwester Helena und ihrer Freundin Claudia auf der Appischen Straße von Rom nach Capua. Was als angenehme Vergnügungsreise beginnt, wird zu einem Schockerlebnis – nicht für die Reisenden, sondern für den Leser. Denn die Straße ist gesäumt von sechstausendvierhundertzweiundsiebzig Kreuzen. An jedem hängt ein aufständischer Sklave, verrottend in der italienischen Sonne. Während die vornehmen jungen Römer parfümierte Taschentücher an die Nase pressen und sich über den Gestank beschweren, plaudern sie über Parfüm, Theaterstücke und Pferdezucht. Ein fetter ehemaliger Politiker verdient sich als „Führer“ zu den Kreuzen ein paar Denare. Ein Wurstmacher erzählt stolz, wie er eine Viertelmillion Pfund Sklavenfleisch aufgekauft hat, um es zu verarbeiten. Und die feinen Herrschaften diskutieren ganz sachlich über die „ökonomische Notwendigkeit“ dieser Maßnahme.

Das ist die eigentliche Genialität von Howard Fasts Roman: Er zeigt die römische „Zivilisation“ nicht aus der heldenhaften Perspektive der Unterdrückten, sondern aus der kalten, selbstzufriedenen Sicht der Unterdrücker. Wir erleben die dekadente, sexuell enthemmte, vollkommen verrohte Oberschicht, die Sklaven nicht einmal mehr als Menschen, sondern als „instrumentum vocale“ – als sprechendes Werkzeug – betrachtet. Cicero, Crassus, die reichen Latifundienbesitzer: Sie alle treten auf als das, was sie waren – die herrschende Klasse, die ihren Reichtum auf der Ausbeutung von Hunderttausenden aufgebaut hat und nun mit äußerster Brutalität verteidigt.

Dem Autor gelingt es meisterhaft, die innere Logik des Systems bloßzulegen: Die permanente Angst der Herrschenden vor dem Aufstand der Unterdrückten, die ideologische Rechtfertigung der Grausamkeit („Sie haben es verdient“), die gleichzeitige moralische Verkommenheit und kulturelle Verfeinerung. Die Reise entlang der Appischen Straße wird so zu einer Reise durch das Herz der antiken Klassengesellschaft – und damit zu einer erschreckend aktuellen Parabel auf jede Ausbeuterordnung.

Wer dieses Buch liest, versteht besser, warum Spartacus bis heute ein Symbol des Widerstands ist. Nicht weil Fast ihn zum unbesiegbaren Helden stilisiert, sondern weil er zeigt, gegen welches Monster sich die Sklaven erhoben haben. Ein Monster, das sich zivilisiert nannte, während es Menschen zu Wurst verarbeitete und an Kreuzen verrecken ließ.

„Spartacus“ ist keine leichte Unterhaltung. Es ist ein Buch, das wütend macht – genau die richtige Wut, die jede echte Veränderung braucht. Ein Roman, der die Klassengegensätze nicht beschönigt, sondern sie in ihrer ganzen nackten, blutigen Härte zeigt. Lest es. Nicht nur, weil es großartige Literatur ist. Sondern weil die Kreuze der Appischen Straße in anderer Form bis heute stehen – nur die Namen der Herren haben sich geändert.

Howard Fast schrieb diesen Roman im Gefängnis, nachdem er wegen „unamerikanischer Umtriebe“ verurteilt worden war. Aufgrund massiver FBI-Einmischung und McCarthy’scher Hexenjagd lehnten mehrere Verlage das Manuskript ab – teilweise sogar ungeöffnet. Fast mußte das Buch schließlich 1951 selbst verlegen. Ein Werk, geboren aus dem Widerstand – und bis heute ein Schlag ins Gesicht aller, die Ausbeutung „natürlich“ finden.

MN

+++ AUS LESERBRIEFEN +++ AUS LESERBRIEFEN +++

Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Antwort auf Leserbrief zum Artikel „Gedanken des 1. Mai“.

Die äußeren Umstände des Tages nicht kennend, eine vernichtende Kritik zu äußern, von Hilflosigkeit, Mutlosigkeit und Agonie zu sprechen, ist schon starker Tobak.

Wir waren an diesem Tag sehr erfolgreich, die eigentliche Veranstaltung, zu der wir angereist sind, war nach ca. 6 Stunden reger Betriebsamkeit beendet, als es auf einmal hieß, da gibt es noch eine weitere Veranstaltung, um 16 Uhr. Zu dem Zeitpunkt waren die meisten von uns bereits viele Stunden aktiv für unsere Partei unterwegs und bei einem Altersdurchschnitt von 60 Jahren gibt es leistungsmäßig eben Grenzen. Aber wir sind dann zu dritt noch zur Jugend hin. Ich habe 6 Wochen vorm 1. Mai erst meinen Mitgliedsantrag bei der KPD gestellt und dann soll ich im Namen der Partei vor 300 Jugendlichen sprechen?

Und dann „Ich solle doch die Jugend nicht auch noch beim Schulstreik unterstützen,denn die Jugend würde schon zu wenig Bildung bekommen, die sollen doch lieber lernen als zu streiken und Widerstand in ihrer Freizeit leisten.“ Über welches Schulbildung reden wir hier eigentlich? Wir reden über ein kapitalistisches Schulsystem indem die meisten jungen Menschen zu willenlosen ausgebeuteten Menschen erzogen werden sollen, bereit über jedes „Stöckchen“ zu springen, welches ihnen der bürgerliche Manipulationsapperat hinhält. Und da soll ich als Kommunist die jungen Menschen bei einer Bestreikung nicht unterstützen? Ist nicht der Streik, vor allem der politische Streik eines der wenigen Mittel, das tatsächlich Erfolg verspricht? Und das Wichtigste, diese jungen Menschen streiken gegen die Wehrpflicht, sie wehren sich, für Kapitalinteressen ihr Leben einzusetzen. Ist das nicht der mit wichtigste Grund, warum Menschen zu Kommunisten werden, der Kampf gegen die Kriege der Kapitalisten? Ist es nicht sogar die Pflicht jedes Kommunisten, diesen jungen Menschen all unsere Unterstützung zu geben und sie bei dem Kampf gegen die Wehrpflicht zu unterstützen?

JUF schreibt, er/sie wäre ein Kommunist, der zwar keiner Partei angehört, aber versucht Kommunisten zu vereinen. Ist das nicht ein Widerspruch in sich. Ist nicht erst der Organisierte wirklich Kommunist? Ist es nicht so, dass ich als Kommunist erst in der kommunistischen Partei die tatsächliche Arbeit eines Kommunisten leisten kann, die unsere Weltanschauung von uns verlangt, zusammen mit vielen anderen Kommunisten vereint? Ich kann nicht als Einzelkämpfer Kommunisten vereinen ohne selbst vereint mit anderen Kommunisten in unserer Partei genau an dieser Vereinigung zu arbeiten, das ist ein Widerspruch in sich. Ich bin sogar der Meinung, dass zum Beispiel dieser Lapsus, man solle doch der Jugend als Kommunist nicht helfen, gegen die Wehrpflicht die Schule zu bestreiken, nicht passiert wäre. Denn durch die Mitgliedschaft in der kommunisten Partei steht man ständig im regen Austausch mit anderen Genossinnen und Genossen und bildet sozusagen mit allen anderen Mitgliedern ein großes Gehirn, jeder leistet seinen „Denkbeitrag“ und eigene Fehlleistungen werden dabei wie von selbst „korrigiert“.

Mitgliedsanträge gibt es auf unserer Internetseite zum Ausdrucken.

WS aus DE

Rußland war, ist und bleibt unser Feind???

Ihr wißt, wer es gesagt hat – der jetzige Außenminister der BRD. Dazu ein bißchen Geschichte. Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich dem Zaren den Krieg. Am 4. August 1914 wagte ein einziger Sozialdemokrat gegen die Bereitstellung von Kriegskrediten durch den Reichstag zu stimmen. Es war Karl Liebknecht. Seit dieser Zeit hat die deutsche Sozialdemokratie Kriege des kapitalistischen, bürgerlichen Deutschlands unterstützt oder zumindest nicht verhindert. In der Regel mit Vaterlandsverteidigung begründet, obwohl es nichts zu verteidigen gab. Deutschland begann ja immer den Krieg.

Interessant ist die Geschichte nach 1945 zu betrachten, natürlich der BRD. Immer, wenn es um schwerwiegende Entscheidungen ging, die regierende CDU die Verantwortung nicht übernehmen wollte, gab es eine SPD-Geführte Regierung. Es war Willi Brandt, der, zwar nicht blutig, aber doch mit seiner neuen Ostpolitik sorge trug, den Sozialismus auszulöschen. Als es wieder kritisch wurde, war es Gerhard Schröder mit seinem Grünen Außenminister, die Krieg gegen Jugoslawien führten. Olaf Scholz sorgte im Prinzip für den militärischen Aufstieg der Ukraine gegen die RF, bei uns für die Hass-Stimmung gegen Rußland Gasleitungsprengung u.a.), wie immer mit den Grünen, diesmal mit Annalena Baerbock. Und heute? Außenminister, Kriegsminister – beide Sozialdemokraten. Sozial und demokratisch – gut klingende Worte für die Ausgebeuteten. Man wählt sie immer wieder, vielleicht denkend, daß die anderen „demokratischen“ Parteien schlimmer sind?

Mit stolz geschwellter Brust geben sie in Kiew Faschisten die Hand und versprechen goldene Berge, ich meine natürlich Waffen und Geld.

Und nun brachten die Grünen einen Beschlußentwurf im Bundestag ein. Dort heißt es u. a.: *Der Bundestag wolle beschließen:….*

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ….

2. endlich unverzüglich der ukrainischen Bitte nach Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern aus verfügbaren Beständen der Bundeswehr in größtmöglichem Umfang zu entsprechen;

3. die ukrainischen Fähigkeiten mit allen verfügbaren Mitteln insgesamt zu stärken und die ukrainischen Fähigkeiten zur Zerstörung von tief auf russischem Gebiet befindlichen Kommandoposten, Abschuß- vorrichtungen, Militärflugplätzen, Munitionsdepots, Treibstofflagern und militärischen Produktionsstätten aktiv auszubauen; …“

Sicher unterstützt von der Sozialdemokratie…

Wie ich schon schrieb, Rußland, bzw. die Sowjetunion (1917 – 1990) haben niemals Deutschland angegriffen, es war immer umgekehrt. Es sind wohl nur unermeßliche Bodenschätze und ein nie versiegender Markt, der die Produktionsmittelbesitzer und ihre Regierung verrückt auf Rußland werden läßt. Es ist einfach interessant, daß das auch die Sozialdemokraten betrifft. Rußland hatte mit Katherina der II., einer Prinzessin aus Zerbst (Sachsen-Anhalt) eine deutsche Zarin, mit Peter dem I. einen Freund deutscher Länder, mit Bismarck einen Kanzler, der klug war und wußte, daß es nur mit Rußland Europa gut geht (ich hatte darüber geschrieben). Woher also der Hass unserer Herrschenden?

Wir müssen viel aktiver werden, auf Veranstaltungen, Demonstrationen aufklären… Dazu müssen wir aber Wissen erwerben. Sollte nur eine Erinnerung sein, daß wir Schulungen, Parteilehrjahr brauchen…

W.S. aus DD

Im Gedenken an einen Genossen

Zum Tod von Alexander Logwinow



Mit großer Bestürzung haben wir vom Tod des Genossen Alexander Alexejewitsch Logwinow, Sekretär des Stadtkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF) in Belgorod, erfahren. Er kam am 21. Juli 2026 bei einem ukrainischen Anschlag auf die zivile Infrastruktur der Stadt Belgorod ums Leben.

Die KPD spricht der KPRF, den Angehörigen sowie den Genossinnen und Genossen in Belgorod ihr aufrichtiges Beileid und ihre solidarische Verbundenheit aus. Wir werden den Genossen Alexander Logwinow in ehrendem Andenken behalten.

KALENDARIUM - AUG/SEP

Gedenk- und Feiertage

01. September: Weltfriedenstag (Antikriegstag in Ländern der Alt-BRD)

08. September: Weltalphabetisierungstag

2. Sonntag im September: Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg. (OdF-Gedenktag)

3. Sonnabend im September: Tag der Werktätigen des Bereiches der haus- und kommunalwirtschaftlichen Dienstleistungen in der DDR

Historische Ereignisse

03.08.1961: Beratung der 1. Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien. Es wird vereinbart, daß die DDR die dringend notwendigen Sicherheitsmaßnahmen trifft, um der Wühltätigkeit gegen die sozialistischen Länder ein Ende zu bereiten.

05.08. - 19.08.1951: III. Weltfestpiele der Jugend und Studenten in Berlin.

06.08.1945: Erster US-amerikanischer Atombombenabwurf auf Hiroshima.

07.08.1936: Appell des ZK der KPD an alle deutschen Antifaschisten, sich als Soldaten der spanischen Volksfront zur Verfügung zu stellen. Gründung der „Centuria Thälmann“ in Barcelona.

07.08.1961: German Titow landet nach 17 Erdumkreisungen im vorbestimmten Raum.

09.08.1945: Zweiter US-amerikanischer Atombombenabwurf auf Nagasaki.

13.08.1961: Errichtung des antifaschistischen Schutzwalls zur Sicherung des Friedens in Deutschland und in Europa.

14.08.1921: W. I. Lenin „Brief an die deutschen Kommunisten“.

17.08.1956: Verbotsurteil in der BRD gegen die KPD (1951 von Adenauer bereits beantragt).

September 1915: W. I. Lenin veröffentlicht seine Schrift „Sozialismus und Krieg“. Noch heute gilt dieser Beitrag als ein wichtiger und zuverlässiger Kompaß.

September 1926: Deutschland tritt dem Völkerbund bei und am 19.10.1933 wieder aus

01.09.1925: Ernst Thälmann wird zum Vorsitzenden der KPD gewählt.

01.09.1946: Einheitliches Gesetz zur Demokratisierung der Schule tritt in Kraft. Grundlage dafür ist der „Aufruf der KPD und SPD“ vom 18.10.1945.

03.09.1971: Unterzeichnung des Viermächteabkommens über West-Berlin

09.09.1948: Gründung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK)

14.09.1867: Es erscheint der erste Band das „Kapital“ von Karl Marx in Hamburg

27.09.1951: Bundestag lehnt Vorschlag der Volkskammer der DDR über gesamtdeutsche Beratungen ab.

Historische Personen

01.08.1973: Walter Ulbricht gestorben.

05.08.1895: Friedrich Engels gestorben.

13.08.1871: Karl Liebknecht geboren.

13.08.1913: August Bebel gestorben.

13.08.1926: Fidel Castro geboren.

18.08.1944: Ernst Thälmann im KZ Buchenwald ermordet.

24.08.1944: Rudolf Breitscheid im KZ Buchenwald ermordet.

25.08.1912: Erich Honecker geboren.

07.09.1960: Wilhelm Pieck gestorben.

09.09.1976: Mao Tse Tung gestorben

11.09.1973: Salvador Allende, chilenischer Präsident, von Faschisten ermordet.

KONTAKTADRESSEN DER KPD

- **Kommunistische Partei Deutschlands**
  Zentralkomitee
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
  Mobil 0170/1831495
  Telefon 0361/64458760
  E-Mail: post@k-p-d.org
  Büro: Jeden ersten Mittwoch, 19:00 Uhr, bitte vorher unter Mobil (s.o.) anmelden
- **Redaktion „Die Rote Fahne“**
  siehe Impressum (S. 7 rechts unten)
- **KPD-Landesorganisation Berlin/Brandenburg**
  c/o Werner Hänsel
  E-Mail: ll.berlin.brandenburg@k-p-d.org
  http://berlin.brandenburg.k-p-d.org
- Ansprechpartner für Brandenburg:
  c/o Cornelia Noack
  E-Mail: cornelianoack@gmx.net
- **KPD-Landesorganisation Sachsen**
  Email: ll.sachsen@k-p-d.org
- KPD-Regionalorganisation Dresden
  c/o Torsten Reichelt
  E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org
  Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45
- KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland
  c/o Patrick Büttner
  E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt**
  E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org
- Kontakt: Halle/Bernburg
  E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org
- Kontakt: Zeitz
  E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org
- **KPD-Landesorganisation Thüringen**
- KPD-Regionalorganisation Erfurt
- KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland
  c/o Torsten Schöwitz
  Johannesstraße 156
  99084 Erfurt
- **KPD LO Wasserkante**
  - Mecklenburg-Vorpommern
  - Niedersachsen
  - Schleswig-Holstein
  - Hamburg

  c/o Christine Melcher
  Telefon 0151-55600955
  E-Mail: wasserkante@k-p-d.org
- **KPD Hessen**
  E-Mail: hessen@k-p-d.org
- **KPD NRW**
  E-Mail: nrw@k-p-d.org

ZITAT

Derjenige, der die Waffen benötigt ist der Imperialismus, da ihm die Ideen fehlen.
Um dieses schmachvolle System aufrecht zu erhalten... benötigt er die Waffen.

Fidel Castro,
soldado de las ideas



IMPRESSUM: Die Rote Fahne

ISSN 1433-6383

Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.
Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“.
Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“.
Redaktionsanschrift: Die Rote Fahne, Johannesstraße 156, 99084 Erfurt.

Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org
E-Mail: info.drf@k-p-d.org
Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org
Abonnement: abo-drf@k-p-d.org

Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXXX.
Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. | Stellvertreter: Karsten Günther
Erstellt mit SCRIBUS - Open Source Desktop Publishing
Druck: Druckerei Böhlau, Ranftsche Gasse 14, 04103 Leipzig

Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ Oktober 2026: 10. September 2026.

+++ INTERNATIONAL +++ INTERNATIONAL +++

Kuba jenseits der Schlagzeilen

Während die USA ihren Wirtschaftskrieg gegen Kuba weiter verschärfen, bleibt die Rolle Washingtons in der Kuba-Krise in den großen Medien oft unerwähnt. Stattdessen werden häufig alte antikommunistische Erzählungen wiederholt und die Folgen der jahrzehntelangen Blockade ausgeblendet.

Das unabhängige Journalismus-Projekt „Belly of the Beast“ berichtet direkt aus Kuba und gibt den Menschen auf der Insel eine Stimme. Mit Dokumentationen und Reportagen beleuchtet das Projekt die Auswirkungen der US-Sanktionen, den Alltag der kubanischen Bevölkerung und die politischen Hintergründe der Konfrontation.

Besonders sehenswert ist die sechsteilige Dokumentation „The War on Cuba“, die die Zusammenhänge verständlich erklärt und wichtige Einblicke jenseits der üblichen Berichterstattung bietet.

Die Arbeit von „Belly of the Beast“ verdient Unterstützung und größere Bekanntheit.

Weitere Informationen:
www.bellyofthebeastcuba.com

Videos:
www.youtube.com/@BellyofTheBeastCuba

EU streicht Gelder für Kunstbiennale

Die EU hat der Kunstbiennale in Venedig wegen der Teilnahme Rußlands einen Zuschuß von zwei Millionen Euro gestrichen. Begründet wird dies ausgerechnet mit „Meinungsfreiheit“ und „demokratischen Werten“. Ein offensichtlicher Widerspruch: Ausgerechnet eine politische Institution greift in die Freiheit einer internationalen Kunstausstellung ein und macht Kulturförderung von politischen Vorgaben abhängig.

Die EU mißt dabei einmal mehr mit zweierlei Maß: Während sie bei Rußland die Kunstfreiheit zum Vorwand nimmt, werden andere Staaten mit problematischen Menschenrechtslagen weiterhin akzeptiert.

Kunst und Kultur sollen dem internationalen Austausch dienen – nicht zum Werkzeug politischer Ausgrenzung und neuer Feindbilder gemacht werden. Aber wen wundert's heute noch…

Presseerklärung eines Sprechers des Außenministeriums der DVRK

Pyongyang, 14. August (KCNA) – Der Sprecher des Außenministeriums der Demokratischen Volksrepublik Korea gab am 13. August folgende Presseerklärung ab:

Die USA und die ROK haben angekündigt, ab dem 17. August die groß angelegten gemeinsamen Militärübungen „Ulji Freedom Shield“ durchzuführen.

An den Manövern werden voraussichtlich Zehntausende Soldaten und Kampfausrüstung beteiligt sein, darunter Streitkräfte der USA, der ROK und der Mitgliedstaaten des „UN-Kommandos“, sowie Feldmanöver wie „Warrior Shield“ und verschiedene Übungen für den realen Krieg, bei denen die Bedingungen für hochmoderne Operationen wie Drohnen-, elektronische und Cyberkriegsführung simuliert werden.

Die USA gaben bekannt, dass sich die bevorstehenden Übungen deutlich von denen der letzten fünf Jahre unterscheiden und darauf abzielen, die Fähigkeit zur Kriegsführung unter Berücksichtigung der neuen Aspekte der modernen Kriegsführung zu erlernen. Dabei machten sie keinen Hehl aus ihrem Ziel, die Vorbereitungen für eine umfassende militärische Konfrontation mit der DVRK abzuschließen.

Dies kommt einem Eingeständnis gleich, dass die Manöver, die von den USA und die ROK als „jährlich“ und „defensiv“ bezeichnet werden, eine Generalprobe für einen Angriffskrieg sind.

Zudem sollen die Manöver erneut zu einem Zeitpunkt stattfinden, zu dem sich die militärische und politische Lage in Europa, im Nahen Osten und anderen Teilen der Welt von Tag zu Tag zuspitzt und der Machtmissbrauch der USA zur täglichen Routine geworden ist. Sie führen zu einer Instabilität auf der koreanischen Halbinsel und in anderen Ländern der Region, die schwerwiegender ist als zuvor.

Die weltweit in vollem Gange befindliche Koordinierung der Offensivhaltung der US-Streitkräfte, die Ausweitung der strategischen Flexibilität der US-Streitkräfte in der ROK, die als Teil davon immer konkretere Formen annimmt, das dreiseitige militärische Kooperationssystem zwischen den USA, Japan und der ROK, das sich zu einem Nuklearbündnis entwickelt, sowie die Verstärkung der militärischen Schlagkraft durch Japan und der ROK zeigen umso deutlicher, wie gefährlich die genannten Manöver sind, an denen alle militärischen Mitteln Ressourcen und Kampfmethoden der USA und der ROK beteiligt sind.

Die Manöver der feindlichen Staaten zur Vorbereitung eines Angriffskrieges, die einen noch provokativeren Charakter und eine noch größere Gefährlichkeit aufweisen als im letzten Jahr, stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit unseres Staates und das regionale Sicherheitsumfeld dar.

Den USA wird es niemals gelingen, erneut die militärische Vorherrschaft an sich zu reißen und die einseitige Bedrohungsstruktur wiederherzustellen, die auf der koreanischen Halbinsel endgültig der Vergangenheit angehört, indem sie das alte Kriegsszenario schrittweise durch ein neues ersetzen und Übungen durchführen.

Es ist unser konsequenter Grundsatz der Sicherheitsgewährleistung, auf eine neue Ebene der Bedrohung mit einer neuen Ebene der Abschreckung zu reagieren.

Die DVRK bleibt standhaft in ihrem Willen, feindliche Handlungen von Außenstehenden mit der mächtigsten und überwältigendsten Kraft zu vereiteln und die höchsten Interessen der Staatssicherheit bedingungslos zu verteidigen.

Die DVRK wird die ernste Konfrontationssituation, die von den feindlichen Staaten geschaffen wird, nicht tolerieren, sondern ihre Haltung gegenüber den Feinden noch deutlicher zum Ausdruck bringen, um jeglichen Bedrohungen und Herausforderungen durch die verantwortungsvolle und entschlossene Ausübung des Rechts auf legitime Selbstverteidigung zu begegnen.

KCNA - 14. August 2026

Quelle: http://www.kcna.kp/en/article/detail/32147322f6e646b505576c1128a81082

ABONNEMENT: Die Rote Fahne

- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 35,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 45,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 20,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 30,00 Euro beziehen.
- ☐ Ich bitte um das Statut und Programm der KPD. Preis je 2,00 Euro plus Porto füge ich in Briefmarken bei.
- ☐ Ich möchte Mitglied der Kommunistischen Partei werden.

Das Abonnement kann auch formlos, unter Angabe aller Adressdaten, per Email an abo-drf@k-p-d.org bestellt werden

Name ..... Vorname .....

Straße .....

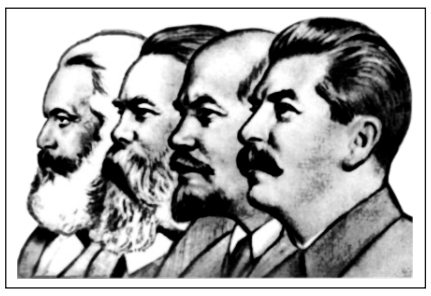
PLZ ..... Wohnort .....

Telefon/Fax .....

Email ..... @ .....

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die in den Monaten August und September Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



Der Schatten von Black Cube

Black Cube wandelt Techniken, die mit staatlicher Spionage in Verbindung gebracht werden, in kommerzielle Dienstleistungen um: falsche Identitäten, heimliche Annäherungsversuche, Aufzeichnungen und detaillierte Personenprofile

Eine Wahl kann an den Wahlurnen entschieden und gleichzeitig auf Millionen von Bildschirmen ausgetragen werden. Nach den kolumbianischen Wahlen am 21. Juni prangerte Gustavo Petro zwei israelische Operationen an: Er warf einer Organisation namens BlackCore den Einsatz von 500.000 gefälschten Profilen vor und beschuldigte Black Cube einer mutmaßlichen Manipulation der Auszählung durch IT-Eingriffe.

Es ist sinnvoll, die Begriffe zu klären. Ein Bot, kurz für Roboter, ist ein Account, der automatisch Tausende von Nachrichten veröffentlicht oder teilt. Viele koordinierte Bots können eine Botschaft so erscheinen lassen, als sei sie spontan oder von der Mehrheit getragen. Die Segmentierung dieser Nachrichten ermöglicht es zudem, unterschiedliche Anzeigen je nach Alter, Standort, Interessen oder Online-Verhalten zu versenden. Künstliche Intelligenz senkt die Kosten und vervielfacht Texte, Bilder und Videos. All dies kann die öffentliche Debatte in unerträglichem Maße verzerren und Wahlergebnisse beeinflussen.

Petros Vorwurf kommt nicht von ungefähr. Gegen BlackCore wurde in Frankreich wegen digitaler Kampagnen mit gefälschten Konten ermittelt, und einige Quellen verorten das Unternehmen in Tel Aviv. Black Cube ist ein privates Unternehmen, das 2010 von ehemaligen Angehörigen der israelischen Streitkräfte und Geheimdienste gegründet wurde. Es bietet verdeckte Ermittlungen, die Rückgewinnung von Vermögenswerten und Unterstützung bei Rechtsstreitigkeiten an.

Einfach ausgedrückt: Black Cube wandelt Techniken, die mit staatlicher Spionage in Verbindung stehen, in kommerzielle Dienstleistungen um: falsche Identitäten, heimliche Annäherungsversuche, Aufzeichnungen und detaillierte Personenprofile. Die Zeitschrift „The New Yorker“ enthüllte 2017, dass Anwälte von Harvey Weinstein das Unternehmen beauftragt hatten, Informationen über Frauen zu beschaffen, die den Filmproduzenten des sexuellen Missbrauchs beschuldigten, sowie über Journalisten, die diesen Vorwürfen nachgingen. Im Jahr 2018 dokumentierte das Magazin eine weitere Operation gegen ehemalige Mitarbeiter von Barack Obama, die sich für das Atomabkommen mit dem Iran einsetzten.

Israel ist kein Unbekannter auf dem Markt für Überwachungstechnologie: Die Behörde für die Kontrolle von Rüstungsexporten reguliert den Export von Ausrüstung, Know-how und Dienstleistungen, die als sicherheitsrelevant gelten. Es gibt Tausende von Belegen dafür, dass israelische Spionagetechnologien zur Überwachung, Kontrolle und sogar zur gezielten Tötung von Palästinensern eingesetzt wurden.

Die Vorgeschichte von Black Cube erreichte auch die europäische Politik. Im März 2026 gab der slowenische Geheimdienst SOVA an, über konkrete Beweise für Verbindungen zwischen drei Vertretern des Unternehmens und Besuchen im Hauptquartier der rechtsgerichteten Partei SDS zu verfügen. Die Regierung sprach von ausländischer Einmischung und leitete die Informationen an die Polizei und die Staatsanwaltschaft weiter. Janez Janša, Vorsitzender der SDS, räumte Kontakte zu einem Berater des Unternehmens ein.

In Kolumbien lautet die dringende Frage nicht, ob die sozialen Netzwerke Einfluss haben: Das tun sie. Ebenso ist hinlänglich bekannt, dass der israelische Staat kein unbeteiligter Zuschauer dieser Branche ist: Er genehmigt den Export von Spionagesystemen wie Pegasus, das gegen Journalisten, Aktivisten und politische Führer eingesetzt wird. Der brutalste Vorfall ereignete sich im September 2024 im Libanon, als Tausende von Pagern und Funkgeräten, die vom israelischen Geheimdienst manipuliert worden waren, gleichzeitig explodierten und dabei auch Opfer unter der Zivilbevölkerung forderten.

Petros Anklage hat dazu gezwungen, das eigentliche Problem zu betrachten: Wer verfügt über die Fähigkeit, in unsere Geräte einzudringen, die öffentliche Debatte zu lenken, ein Telefon in eine Waffe zu verwandeln – und dies zu tun, ohne jemandem Rechenschaft schuldig zu sein?

Autor: Emilia Reed | Granma

Quelle: https://de.granma.cu/mundo/2026-07-23/der-schatten-von-black-cube

"Kuba hat niemals etwas getan, um dem Volk der USA Schaden zuzufügen"

Díaz-Canel erklärte über seine Social-Media-Accounts, dass die Millionen Dollar, die die US-Regierung jährlich für ihre Programme zum Regimewechsel auf der Insel ausgibt, allgemein bekannt seien.

„‚Der Dieb glaubt, alle seien wie er.' Nichts könnte den Bericht des US-Außenministeriums gegen Kuba treffender charakterisieren. Er wurde von einem der korruptesten Beamten der aktuellen Regierung verfasst, der nachweislich Verbindungen zu Drogenhändlern und Terroristen in Florida unterhält“, prangerte Miguel Díaz-Canel Bermúdez, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsident der Republik, am Montag über seine Social-Media-Kanäle an.

„Wenn ein Land ein anderes in obszönem Ausmaß ausspioniert und angegriffen hat, dann waren es die USA gegen Kuba“, bekräftigte der Präsident als Reaktion auf die verlogenen Anschuldigungen in dem von Washington veröffentlichten Dokument. Darin wird der Insel vorgeworfen, – laut US-Außenministerium – „der Hauptförderer linksextremer Radikalisierung und der Ideologie der Dritten Welt in den Vereinigten Staaten“ zu sein.

Díaz-Canel betonte weiter, dass „ allgemein bekannt ist, dass jährlich Millionen von Dollar für Regimewechselprogramme in Kuba bereitgestellt werden, die sowohl Subversion als auch Terrorismus begünstigen.

Die Geschichte belegt kriminelle Ereignisse, darunter Seuchen und Krankheiten, die nach Kuba eingeschleppt wurden, wie der Dengue-Fieber-Ausbruch, dem 101 Kinder zum Opfer fielen, der Abschuss eines Flugzeugs mit 73 Menschen an Bord, Bombenanschläge auf Hotels, Attentatsversuche und psychologische Kriegsführung“, fuhr er fort.

Er erwähnte auch „die Blockade und ihre Dimension des Völkermords, die sie durch ihre aktuelle Verstärkung und das Energieembargo annimmt. Es gibt keinen größeren Akt der Subversion gegen einen Staat, der von den USA als Mittel konzipiert und offiziell beschrieben wird, um das kubanische Volk zu zermürben und seine Unterstützung für die Revolution zu untergraben.

„Die kubanische Revolution hat sich in ihrer Geschichte stets gegen diese aufeinanderfolgenden und endlosen Aggressionen mit ihrem legitimen Recht verteidigt.

„Kuba hat niemals etwas getan, um dem amerikanischen Volk zu schaden, noch hatte es jemals die Absicht, die nationale Sicherheit der USA zu gefährden“, bekräftigte er.

„Der transnationale Neo-McCarthyismus, der in den USA aus einer eindeutig faschistischen Strömung wiederhergestellt wird, greift zu Lügen, um Vorwände zu schaffen, mit denen er Aggressionen gegen Kuba rechtfertigen und die bürgerlichen Freiheiten in den USA einschränken kann.“

Autor: Redacción Internacional | Granma

Quelle: https://de.granma.cu/cuba/2026-07-21/kuba-hat-niemals-etwas-getan-um-dem-volk-der-usa-schaden-zuzufugen